

Wir ersuchen den Vorarlberger Landtag dringend zur Einforderung der

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung der rechtlichen, politischen und sicherheitstechnischen Verantwortung von zuständigen Behörden und des Innenministeriums im Mordfall BH Dornbirn am 06.02.2019

Sehr geehrte Klubobleute und Abgeordnete des Vorarlberger Landtags!

Derzeit übt die Österreichische Bundesregierung massiven Druck aus, um neue Sicherheitsgesetze, wie zB eine „Sicherungshaft“, im Eilverfahren durchzubringen. Dabei sind von maßgebender Seite (Bundespräsident, Kirche, Menschenrechtsorganisationen, JuristInnen, ExpertInnen, ...) deutliche Bedenken in Richtung Rechtsstaatlichkeit, Verfassungs- und Menschenrechte geäußert worden.

Gleichzeitig ist der anlassgebende Mordfall in Dornbirn nicht aufgeklärt. Aussagen des Innenministers wirken politisch motiviert und seine Lösungsansätze dienen nicht zwingend einer Verbesserung der Sicherheit für die Menschen in Österreich. Beim derzeitigen Kenntnisstand ist ein Versagen der Behörden nicht auszuschließen, können die vorhandenen Gesetze als ausreichend betrachtet werden.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss ist die einzige Chance, Zeugen als auch Behörden- und RegierungsvertreterInnen unter verpflichtendem Wahrheitsanspruch anzuhören.

Sehr geehrte Abgeordnete, in diesem Sinne ersuchen wir Sie dringend, mit der Kraft Ihres politischen Mandats unverzüglich einen Untersuchungsausschuss im österreichischen Parlament einzufordern.

Mit freundlichen Grüßen,
das Sonntagsdemoteam Oberland und Uns reicht´s
und alle nachfolgenden UnterstützerInnen

[Name]

[Wohnort]

[Unterschrift]

Retouren: Bitte die Unterschriftenlisten bis zum **Montag, 18. März 2019** an folgende Adresse senden ... Konrad Steurer, 6706 Bürs, am Gufel I

Es besteht dringender Handlungsbedarf, darum diese Eile!!!

